

Brahms: „Atomwaffenverbotsvertrag wichtiger Schritt und große Hoffnung“

Der Atomwaffenverbotsvertrag sei ein „enorm wichtiger Schritt zu mehr Abrüstung und eine große Hoffnung auf dem Weg zu einer atomwaffenfreien Welt“. Dies betonte der Friedensbeauftragte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Renke Brahms (Wittenberg), bei einer Aktion der Friedensbewegung vor dem Kanzleramt in Berlin, zu der ICAN Deutschland, IPPNW Deutschland, die DFG-VK, die Naturfreunde Deutschlands, Church and Peace, IALANA Deutschland, attac Berlin, die Friedenskoordination Berlin und das Netzwerk Friedenskooperative eingeladen hatten.

Renke Brahms wies dabei darauf hin, dass die Evangelische Kirche in Deutschland nicht zuletzt aufgrund der Diskussionen um den Atomwaffenverbotsvertrag und des Engagements zivilgesellschaftlicher Initiativen auf ihrer Synode 2019 in Dresden dieses Vertragswerk befürwortet und die Bundesregierung aufgefordert habe, konkrete Schritte zu unternehmen, diesen Vertrag auch zu unterzeichnen. „In dieser Haltung wissen wir uns verbunden mit vielen anderen Christenmenschen und Kirchen weltweit“, fügte Renke Brahms hinzu.

Doch er gab auch zu bedenken, dass die evangelische Kirche noch viel zu tun habe, um auch andere Kirchen zu überzeugen, die noch anderer Meinung seien, wie konservative Kirchen in den USA oder die russisch-orthodoxe Kirche. „Ich bin als Christenmensch mit vielen anderen Christen und Menschen anderer Religion und Weltanschauung der festen Überzeugung, dass nicht die Androhung atomarer Gewalt oder Abschreckung den Frieden sichern, sondern Frieden nur durch Vertrauen geschaffen werden kann“, betonte der EKD-Friedensbeauftragte und sprach sich für Gespräche und Verhandlungen über die Verlängerung des NEW START-Abkommens, die Neuauflage des INF-Vertrages und konkrete Schritte zur Abrüstung im Rahmen des Nichtverbreitungsvertrages. Brahms: „Das Ziel muss aber die Ächtung und das Verbot sein.“

Und er hoffe, dass Deutschland, das sich so sehr dem Völkerrecht verpflichtet wisse, sich nicht außerhalb des nun geltenden Rechts stellen könne. „Deshalb sollte sich Deutschland sehr bald auf den Stuhl setzen, der hier noch frei ist, an der weiteren Entwicklung des Vertragswerkes teilnehmen, die Bündnispartner von diesem Ziel überzeugen – damit diese schreckliche Waffe geächtet und verboten wird“, so der EKD-Friedensbeauftragte Renke Brahms.

Berlin, 22. Januar 2021/dj

Dieter Junker
Öffentlichkeitsarbeit
Tel: 0171 4161087
E-Mail: junker@evangelische-friedensarbeit.de